



## Spiel über Bande

Wie populistische EU-Gegner nationale Politik beeinflussen

*Karsten Grabow | Nico Lange  
mit Magali Balent, Bastian Matteo Scianna, Roman Senninger*

### Zum Mitnehmen

- Die Europawahlen im Mai 2014 waren ein Triumph für EU-feindliche und -skeptische Parteien. Sie haben im Europäischen Parlament, aber auch zu Hause an Einfluss gewonnen.
- Die populistischen EU-Gegner instrumentalisieren die EU für nationale Ambitionen und setzen die regierenden Parteien im eigenen Land verstärkt unter Zugzwang.
- Eine komplette Annäherung der Regierungsparteien in Dänemark, Frankreich und Großbritannien an Positionen der EU-Gegner ist nicht zu konstatieren, wohl aber Reaktionen der jeweiligen Regierungen auf die erstarkten Populisten.
- Die Dänische Volkspartei und UKIP verstärken die ohnehin bestehenden Vorbehalte in den beiden Nicht-Euro-Ländern gegen eine Mitgliedschaft in der Eurozone.
- François Hollande und sein Kabinett hegen die Hoffnung, im Windschatten des Wahlerfolgs der griechischen Austeritätsgegner einerseits und unter dem Druck von Seiten des Front National andererseits Lockerungen der eigenen Haushaltsdisziplin in Brüssel durchsetzen zu können.
- Am deutlichsten wird der Einfluss der populistischen EU-Gegner auf dem Gebiet der Einwanderungs- und Asylpolitik. In allen drei Ländern haben sich Ton und Inhalte in der Einwanderungs- und Grenzkontrollpolitik unter dem anhaltenden Druck von rechts verschärft.

## 1. Einleitung

### INHALT

---

#### 2 | 1. Einleitung

#### 3 | 2. Synopse

#### 5 | 3. Verschärfen EU-Gegner auch den Ton und Politikinhalt zu Hause?

#### 6 | 4. Länderstudien

---

Die Europawahlen im Mai 2014 waren ein Triumph für EU-feindliche und -skeptische Parteien. Gegenüber den Vorwahlen konnten sie sich deutlich steigern und erreichen nunmehr – je nach Zählweise – 118 bis 170 der 751 Sitze im Europäischen Parlament<sup>1</sup>. In Frankreich und Großbritannien, aber auch in Dänemark und Griechenland wurden EU-skeptische und offen EU-feindliche Parteien sogar stärkste Kraft und überflügelten – zumindest virtuell – die zum Zeitpunkt der Europawahlen amtierenden Regierungsparteien. In Griechenland befindet sich der Sieger der Europawahl, das Linksbündnis Syriza, wie wir wissen mittlerweile tatsächlich in der Regierungsverantwortung, in einer Koalition mit der als nationalpopulistisch<sup>2</sup> geltenden Partei der Unabhängigen Griechen (ANEL).

Die Motive der EU-Skepsis oder gar EU-Gegnerschaft sind ebenso vielfältig wie die angestrebten Ziele. Die linken EU-Gegner beklagen das „Brüsseler Spardiktat“ und einseitige Belastungen bei den Bemühungen zur Eindämmung der Staatsschuldenkrise. „Austerität“ ist zur Chiffre für alle Probleme geworden, unter denen die hochverschuldeten Länder Südeuropas leiden. Zudem kritisieren sie die EU als exekutivlastig, als undemokratisch und die Verfahren der Entscheidungsfindung als intransparent. Für die rechten EU-Gegner ist die Union ein unzulässiger Eingriff in nationale Selbstbestimmung. Sie wollen die Union entweder ganz oder in Teilen auflösen oder fordern den Austritt ihres Landes aus der EU oder dem Euro. Inwieweit ihnen das im oder über das Europäische Parlament gelingen kann, ist Teil anderweitiger Untersuchungen<sup>3</sup>.

In dieser Studie fragen wir nach dem Einfluss der EU-Gegner auf die Politik im eigenen Land am Beispiel jener drei Länder, in denen die EU-Gegner stärkste Kraft wurden und die nationalen Wahlen noch vor sich haben: Dänemark und Großbritannien, wo noch in diesem Jahr gewählt wird und Frankreich, wo für 2017 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen anstehen. In Griechenland nahm die Europawahl das Ergebnis der späteren Parlamentswahlen quasi vorweg. Eine nähere Untersuchung der *möglichen* Einflusses von EU-Kritikern auf konkrete Politik in Griechenland ist dadurch unnötig geworden. Während die Nea Dimokratia mit ihrem bis Januar 2015 amtierenden Ministerpräsidenten Andonis Samaras an der Spitze bis zum Wahltag versuchte, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs zu verteidigen und bestrebt war, die Zusagen gegenüber der Europäischen Union und anderen Gläubigern einzuhalten, mobilisierten Syriza und andere griechische Parteien mit einer teils diffamierenden Hasskampagne gegen Brüssel, Berlin und europäische Spitzenpolitiker ihre Wähler. Heute können wir beobachten, wie hart die neue Regierung mit der Realität kämpft und Brüssel wiederholt um neue Hilfgelder bzw. um Aufschub für vereinbarte Kreditraten bittet, anstatt dem „Spardiktat“ ein Ende zu machen<sup>4</sup>. Es ist allerdings kaum davon auszugehen, dass insbesondere die beiden großen EU-Gegner, der Front National sowie die United Kingdom Independence Party, ähnlich leicht zurückstecken würden. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, dass die EU gar nicht das hauptsächliche Ziel der beiden Parteien war und ist, sondern dass sie Europawahlen eher für nationale Ambitionen instrumentalisieren. Zudem ist Vorsicht geboten, aus Europawahlergebnissen zu starke Rückschlüsse auf nationale Politik zu ziehen oder gar Prognosen für nationale Wahlen zu erstellen. Europawahlen gelten als „Wahlen 2. Ordnung“ oder „nationale Nebenwahlen“<sup>5</sup>, bei denen die Wähler häufiger „experimentieren“ als bei nationalen Wahlen. Weil die Machtverteilung zu Hause durch Europawahlen nicht unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen wird, erleiden Regierungsparteien dabei nicht selten Verluste. Wahlforscher und Wahlsieger sprechen dann in der Regel von einem „Denkzettel“.

Eine komplette Annäherung an Positionen der EU-Gegner ist nicht zu konstatieren, wohl aber Reaktionen der jeweiligen Regierungen auf die erstarkten Populisten.

Aber bleiben derartige „Denkzettel“ gänzlich folgenlos? Geht der Sieg EU-skeptischer oder gar -feindlicher Parteien an den regierenden Parteien vorbei, ohne dass sie die eine oder andere Forderung der EU-Gegner aufnehmen? Möglich ist, dass angeschlagene Regierungsparteien versuchen, mit europaskeptischen Positionen verloren gegangenes Terrain zurückzugewinnen. Ob das eine glaubhafte und erfolgversprechende Strategie ist, ist eine Frage. Die andere ist, ob kopierte EU-Skepsis der einst europafreundlicheren etablierten Parteien oder auch die Annäherung an eines der anderen Themen der Europaskeptiker wie Einwanderungsfragen, Grenzkontrollen oder Asylpolitik auch Folgen für die nationale (Europa)Politik hat. Wenn dem so wäre, dann würden die Europagegner ihr eigentliches Ziel über Bande erreichen, nämlich Einfluss auf die nationale Politikagenda zu nehmen und zu Hause Landgewinne zu erzielen<sup>6</sup>.

Diesen Fragen gehen wir im Folgenden nach. Dabei betrachten unsere Länderexperten die Positionen und evtl. Positionswechsel der regierungstragenden Parteien in Dänemark, Frankreich und Großbritannien zur Europäischen Union insgesamt, zur europäischen Finanz- und zur Euro-Rettungspolitik, zu Fragen der Zuwanderung und der Grenzkontrollen sowie zu außenpolitischen Fragen.

## 2. Synopse

Populismus, d.h. die „publikumswirksame“ Instrumentalisierung tatsächlicher oder behaupteter Missstände für eigene Zwecke von links- oder rechtsorientierten politischen Unternehmern, wird von manchen Experten als „Warnsignal“ oder „nützliches Korrektiv“ für demokratisch legitimierte Regierungen und die sie tragenden Parteien angesehen<sup>7</sup>. Um eine weitere Entfremdung zwischen ihnen und ihren Wählern zu vermeiden, sollten sie entsprechend darauf reagieren. Im günstigen Falle könnte man das „Responsivität“, also die (Wieder)Annäherung von Regierungshandeln an vermutete oder auch offen artikulierte Wählerpräferenzen, nennen<sup>8</sup>. Im ungünstigen Falle liefe eine Anpassungsstrategie jedoch möglicherweise auf eine Radikalisierung einzelner Politikfelder, im ungünstigsten Fall auf eine Radikalisierung der Politik insgesamt zu Lasten Dritter hinaus. Derartige strategisch-thematische Annäherungsversuche hat es – mit unterschiedlichem Erfolg – immer wieder gegeben<sup>9</sup>. Geraten Regierungen unter Druck, erliegen sie mitunter auch der Versuchung, ihr Heil in der Übernahme populistischer Forderungen zu suchen.

Im Laufe der letzten zwei Jahre kam es unter dem Einfluss der gleichermaßen zuwanderungs- und EU-feindlichen Dänischen Volkspartei zu Verschärfungen des Grenzschutzes.

Für die drei hier näher betrachteten Länder kann das jedoch nicht in Gänze gesagt werden. Eine komplette Annäherung an Positionen der EU-Gegner ist nicht zu konstatieren, wohl aber Reaktionen der jeweiligen Regierungen auf die erstarkten Populisten. Am geringsten – und dennoch deutlich sichtbar – sind diese in Dänemark ausgefallen. Wie Roman Senninger darlegt, sind sowohl die Regierung von Helle Thorning-Schmidt als auch die meisten der im dänischen Parlament vertretenen Parteien ihren proeuropäischen Grundposition treu geblieben. Als Nichtmitglied der Eurozone wähnt sich Dänemark weniger von der Staatsschuldenkrise und den Eurostabilisierungsbemühungen der anderen EU-Mitgliedsländer und der EU selbst betroffen. Eine Mitgliedschaft in der Eurozone kommt aber für das Land, nicht zuletzt aufgrund der starken Stellung der EU-skeptischen Dänischen Volkspartei, nicht in Frage. Zudem hat die DF die Positionen der Regierungsparteien auf dem Gebiet der Grenzkontroll- und Einwanderungsfragen, dem „Leib- und Magenthema“ der rechtspopulistischen EU-Gegner, beeinflusst. Im Laufe der letzten zwei Jahre kam es unter dem Einfluss der gleichermaßen zuwanderungs- und EU-feindlichen Dänischen Volkspartei zu Verschärfungen des Grenzschutzes, des Einwanderungsrechts und der Gewährung von Sozialleistungen für EU-Ausländer. Im Lichte aktuel-

ler Umfragedaten, die die DF in der Wählergunst noch immer in Führung liegen sehen, prognostiziert Senninger einen wachsenden Einfluss der Partei auf die dänische Innen- und Europapolitik.

Frankreich und Großbritannien haben es mit noch größeren EU-Gegnern zu tun. Folglich wiegt ihr Einfluss auf nationale und europapolitische Positionen auch schwerer als in Dänemark.

Frankreich und Großbritannien haben es mit noch größeren EU-Gegnern zu tun. Folglich wiegt ihr Einfluss auf nationale und europapolitische Positionen auch schwerer als in Dänemark. Der Front National und UKIP fordern nicht weniger als den Austritt ihrer Länder aus der EU. Derartige Forderungen sind zwar von den Regierungen und von den sie tragenden Parteien in beiden Ländern noch nicht zu hören, aber in Großbritannien steht ein von den Tories auf die Tagesordnung gesetztes „Brexit“-Referendum bevor. Zudem ist eine zentrale Forderung der beiden härtesten EU-Gegner, die nationale Ebene müsse die volle Kontrolle in Grenzkontroll- und Einwanderungsfragen zurückerlangen, in beiden Ländern in konkretes Regierungshandeln eingegangen. „Einwanderung bleibt das Hauptfeld, in dem UKIP das ‚agenda-setting‘ [...] betreibt und die Tories [...] ihre Positionen wie ihre Politik weiter nach ‚rechts‘ verschieben“, so Bastian Matteo Scianna in seiner Analyse.

Einwanderungskontrolle und -begrenzung sind auch in der Sozialistischen Partei Frankreichs und damit im Regierungsapparat des Landes angekommen. Der heutige Premierminister Manuel Valls sah, noch in seiner Amtszeit als Innenminister, Einwanderung, vor allem die aus muslimischen Ländern und von Roma, zunehmend als „Bedrohung“ an. Mit Blick auf letztere plädierte er für eine Rückführung nach Rumänien und Bulgarien. Seit Jahren punkten Marine Le Pen und ihr Front National mit dem Thema vor allem auch unter ehemaligen Wählern der sozialistischen Partei Frankreichs<sup>10</sup>. Die EU sei ein „Sieb“, sie sei schuld an Masseneinwanderung, Einwander- und Vorstadtkriminalität, steigender Arbeitsplatzkonkurrenz und damit am Ende für steigende Arbeitslosigkeit. Die EU untergrabe dauerhaft die Souveränität der Republik, so die Dauerargumentation der FN-Vorsitzenden. Das hat nicht nur die bürgerliche Seite zur (zuletzt wenig erfolgreichen) Aufnahme dieses Themas bewogen, nach Jahren des Zögerns fährt nun auch die Parti socialiste einen härteren Kurs in Einwanderungs- und Einbürgerungsfragen. Die Partei, so argumentiert Magali Balent, oszilliere zwischen traditionellen, humanistischen Positionen ihrer urbanen intellektuellen Zirkel, die sich mehr und mehr von den Ansichten ihrer Wähler entfernt hätten, und den rigiden, aber sehr populären Standpunkten des FN. Eine Lösung dieses Problems sehen die Strategen der PS in einer Verschärfung von Ton und Inhalt zum Themenkreis Einwanderung und Einbürgerung.

Einwanderungskontrolle und -begrenzung sind auch in der Sozialistischen Partei Frankreichs und damit im Regierungsapparat des Landes angekommen.

Während die EU und der Euro für UKIP und den Front National „das Böse“ schlechthin darstellen, unterscheiden sich sowohl Einflusskraft beider EU-Gegner als auch die Positionen und die Positionswechsel der Regierungen in Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der EU- und insbesondere der Euro(rettungs)politik recht deutlich voneinander. Obwohl David Cameron die Konsolidierungsbemühungen in der Eurozone und somit auch den finanz- und haushaltspolitischen Kurs der Bundesregierung grundsätzlich unterstützt, benutzt er die Gemeinschaftswährung und alle Euro-Stabilisierungsbemühungen als Schreckensszenario, mit dem er seinen potentiellen Wählern zu zeigen versucht, was dem Vereinigten Königreich drohen könnte, hätte er diese Katastrophe nicht abgewendet. Im Unterschied zu Einwanderungs- und border control-Fragen, bei denen sich die Regierung, wie erwähnt, sukzessive an Positionen von UKIP angenähert hat, gab es hinsichtlich der Standpunkte zum Euro wenig Annäherungsgrund. Beide, die Tories wie UKIP, lehnen den Euro ab, die einen mehrheitlich, die anderen grundsätzlich.

François Hollande und seine sozialistische Regierung hingegen werden in Euro- und finanzpolitischen Fragen in die Zange genommen. Die extreme Linke um den Front de Gauche wie die extreme Rechte um den Front National gehen vehement gegen die Konsolidierungsbemühungen in der Eurozone vor. Die linke Seite, weil sie darin ein weiteres Indiz für die Dominanz der Finanzmärkte und einen Siegeszug des globalen Neoliberalismus sieht, die rechte, weil Frankreich „fremdbestimmt“ aus Brüssel und Berlin „die Luft zum Atmen genommen“ wird. Beide Seiten haben mit Brüssel und Berlin, namentlich der Bundeskanzlerin, einen gemeinsamen Gegner gefunden, wie Magali Balent in ihrer Analyse zeigt. Unter dem Einfluss der EU-Gegner von rechts wie links zeigte die französische Regierung seit Jahresbeginn durchaus Sympathien für die neu gewählte griechische Regierung und schöpfte Hoffnung, im Windschatten des Syriza-Sieges Lockerungen der in der EU mehrheitlich noch knapp unterstützten restriktiven Haushaltspolitik erreichen zu können.

### 3. Verschärfen EU-Gegner auch den Ton und Politikinhalte zu Hause?

Die Dänische Volkspartei, UKIP und der Front National, zumindest letztere nach gängigen Typologien mittlerweile längst „harte“ EU-Gegner<sup>11</sup>, treiben die Regierungen ihrer Länder vor sich her und werden dabei immer stärker. Die EU und damit verbundene Fragen geben offenbar ein gutes Feindbild ab, mit dem sich Aversionen gegen nationale Souveränitätsverluste, politische und administrative „Fremdsteuerung“, „bürokratisches Elitenhandeln“, die Kosten Europas oder gegen einzelne Politikfelder und Entscheidungen mobilisieren lassen. Insbesondere Asyl-, Einwanderungs- und Grenzkontrollfragen werden von den EU-Gegnern erfolgreich instrumentalisiert. Für sie hat die EU den Nationalstaaten die Kontrolle über diesen Politikbereich aus den Händen genommen und geht in Einwanderungs- und Grenzkontrollfragen zu lax vor. Wollte Margaret Thatcher einst „ihr Geld zurück“, fordern Marine Le Pen, Nigel Farage und Kristian Thulesen Dahl die volle Kontrolle über „ihre“ Grenzen zurück von der EU.

Das hat politische Folgen. Die sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Regierungen Dänemarks und Frankreichs sind zwar insgesamt noch zögerlich, sich substantiell und verbal stärker als bislang an Forderungen der rechtspopulistischen EU-Gegner anzunähern. Sie befürchten, dass der Stammwähler- und Reputationsverlust im Falle einer weiteren Verschärfung der Zuwanderungsregeln in ihre Länder größer sein könnte als der eventuelle Zugewinn rechtspopulistischer Wähler. Dennoch zeigen unsere Länderstudien, dass sich Ton und Inhalte in der Einwanderungs- und Grenzkontrollpolitik in allen drei Ländern verschärft haben. Ohne den anhaltenden Druck von rechts wäre dies so nicht passiert.

Auch hinsichtlich der finanzpolitischen Positionen der Regierungen macht sich der Einfluss der Europaskeptiker bemerkbar. Die Dänische Volkspartei und UKIP verstärken die ohnehin bestehenden Vorbehalte in den beiden Nicht-Euro-Ländern gegen eine Mitgliedschaft in der Eurozone. Für UKIP käme dies ohnehin einer Kapitulation vor Brüssel und Berlin gleich, die es mit aller Kraft abzuwehren gilt. Bemerkenswert ist, dass die Haltung der französischen Linksregierung in Euro- und insbesondere Haushaltskonsolidierungsfragen zwar auch von der Fundamentalablehnung des Euro durch den FN, aber ebenso vom Wahlsieg der griechischen Syriza beeinflusst wird. François Hollande und sein Kabinett hegen die Hoffnung, im Windschatten des Wahlerfolgs der griechischen (und spanischen und italienischen) Austeritätsgegner Lockerungen der eigenen Haushaltsdisziplin in Brüssel durchsetzen zu können.

Die Dänische Volkspartei, UKIP und der Front National treiben die Regierungen ihrer Länder vor sich her und werden dabei immer stärker.

Wollte Margaret Thatcher einst „ihr Geld zurück“, fordern Marine Le Pen, Nigel Farage und Kristian Thulesen Dahl die volle Kontrolle über „ihre“ Grenzen zurück von der EU.

Die EU-Gegner werden weiter darauf drängen, dass ihre Regierungen im Europäischen Rat nationale Interessen über europäische Regelungen stellen.

Politiker, gleich auf welcher Ebene, zeigen nicht selten Unwillen, Zuständigkeiten an die nächsthöhere Ebene abzugeben. Die Re-Nationalisierung von zentralen Politikbereichen wie Einwanderungsregulierung oder Grenzkontrollen oder die volle nationale Souveränität über währungs- und finanzpolitische Fragen, sind zentrale Forderungen der rechts- und, nationalpopulistischen EU-Gegner, die sich in allen drei Ländern dieser Untersuchung auf dem Vormarsch befinden. Das bleibt sowohl für die Innen- als auch für die Europapolitik in diesen Ländern nicht folgenlos. Die EU-Gegner werden weiter darauf drängen, dass ihre Regierungen im Europäischen Rat nationale Interessen über europäische Regelungen stellen. Pro-europäische Konsensfindung, aber auch unbequeme Entscheidungen für Länder mit hohem Reformdruck, wie z.B. Frankreich, werden damit erschwert oder weiter verschoben. Abgesehen von der Gravitationskraft der populistischen EU-Gegner auf die einheimische Politik ist das eine der sichtbarsten Folgen ihres Erstarkens.

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob die gestärkten EU-Gegner auch zu einer Verschärfung von Ton und Inhalt der Politik im eigenen Lande beitragen, fällt somit ambivalent aus. Ihr Einfluss ist unverkennbar, aber nicht allgegenwärtig. Er wird sich nicht auf allen europa- und innenpolitischen Politikfeldern, wohl aber auf zentralen weiter bemerkbar machen. In Bezug auf Russland, demgegenüber UKIP und vor allem der Front National Sympathien und Verständnis entgegenbringen, vertreten die Regierungen der drei Länder noch die Linie der EU, die offene Unterstützung für die pro-russischen Separatisten in der Ukraine zu sanktionieren. Soweit reichen der lange Arm Moskaus und die verbale Stärke der rechts- und nationalpopulistischen EU-Gegner dann doch nicht.

## 4. Länderstudien

### 4.1 Dänemark | Roman Senninger

Pro-europäische Konsensfindung, aber auch unbequeme Entscheidungen für Länder mit hohem Reformdruck, wie z.B. Frankreich, werden damit erschwert oder weiter verschoben.

Die Wahl zum Europäischen Parlament vom Mai 2014 wird in Dänemark, wie in vielen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, als Triumph des Euroskeptizismus in die Geschichtsbücher eingehen. Zwar sind kritische und ablehnende Positionen gegenüber der EU in der dänischen Bevölkerung sowie Parteienlandschaft nicht neu, jedoch haben sie sich noch nie in einem solchen Ausmaß im Wahlergebnis manifestiert. Mehr als ein Drittel der Stimmen ging an Parteien, die als EU-skeptisch eingestuft werden. Hauptverantwortlich dafür zeichnete die Dänische Volkspartei (*Dansk Folkeparti*, DF), welche mit 26,6 Prozent der Stimmen nicht nur den ersten Platz errungen hatte, sondern mit Morten Messerschmidt einen äußerst erfolgreichen Spitzenkandidaten stellte, der mit 465.758 persönlichen Stimmen eine bisher noch nie erreichte Unterstützung der Wähler erhielt. Zentrale Themen der Partei im Wahlkampf waren Einwanderung (Stichwort: „Sozialtourismus“), die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, sowie die Stärkung der nationalen Kompetenzen. Neben der DF erreichte die Volksbewegung gegen die EU (*Folkebevægelsen mod EU*), eine dem linken politischen Spektrum zugeordnete Gruppierung, die nicht an nationalen Wahlen teilnimmt, erneut etwa 8 Prozent der Stimmen.

Eine zweite Lesart des Ergebnisses der Europawahlen 2014 macht deutlich, dass die europafreundlichen Positionen von etablierten Parteien offensichtlich nur noch geringe Zustimmung genießen. Auch in Dänemark findet sich im Vergleich zur letzten Wahl ein Minus vor dem Ergebnis der meisten proeuropäischen Parteien<sup>12</sup>.

Trotz erhöhter Strahlkraft der Europawahl 2014, welche etwa durch die erstmalige Nominierung von Spitzenkandidaten der Europäischen Fraktionen erzielt wurde, werden Wahlen zum Europäischen Parlament gegenüber national Parliamentswahlen

nach wie vor als nachrangig angesehen<sup>13</sup>. Dem Ergebnis wird demnach nicht viel Einfluss auf das nationale politische Tagesgeschäft beigemessen. In der Vergangenheit hatten auch in Dänemark Ereignisse auf der europäischen Ebene kaum Konsequenzen für die nationale Politik. Die bisherigen EU-Referenda wurden selten mit nationalen Themen in Verbindung gebracht und eher als separates Politikfeld behandelt<sup>14</sup>.

Der Wahlsieg der DF bei den Europawahlen 2014 hat jedoch eine nachhaltige Diskussion über die politischen Konsequenzen für die nationale Politikebene nach sich gezogen. Obwohl der Erfolg der Dänischen Volkspartei zu einem gewissen Grad auf Proteststimmen zurückzuführen ist und die Wahlbeteiligung bei Europawahlen deutlich unter jener zu nationalen Parlamentswahlen liegt, deuteten Beobachter das Ergebnis als Indiz dafür, dass die Partei auch bei der nächsten Parlamentswahl eine entscheidende Rolle spielen wird und in einer zukünftigen Regierung erstmals Verantwortung übernehmen könnte<sup>15</sup>. Einzelne Umfragen weisen die Partei derzeit als stärkste aus. Ihre erfolgreiche (Anti)Europastrategie stellt somit eine Herausforderung für die momentane Regierung, bestehend aus Sozialdemokraten (*Socialdemokraterne*, SD) und Sozialliberalen (*Det Radikale Venstre*, RV) dar. Beide Parteien der Minderheitsregierung, die von der Sozialistischen Volkspartei (*Socialistisk Folkeparti*, SF) und der rot-grünen Einheitsliste (*Enhedslisten - De Rød-Grønne*) unterstützt wird, werden dem europafreundlichen Lager zugerechnet und haben die einzelnen Integrationschritte stets unterstützt.

Während traditionelle Europaparteien wie die Liberalen (*Venstre*, V) und die Konservativen (*Det Konservative Folkeparti*, KF) bereits im Wahlkampf unüberhörbare kritische Töne gegenüber der EU angeschlagen haben, werfen die möglichen Konsequenzen für die nationalen Kräfteverhältnisse Fragen bezüglich der Reaktion der Regierung auf: Wie gehen die Regierungsparteien mit dem Erfolg der europakritischen DF um? Bleiben sie ihrer europafreundlichen Linie treu oder nähern sie ihre Positionen den EU-skeptischen Parteien und dem Elektorat an? Betreffen Veränderungen die Grundausrichtung der Partei oder fokussieren sie auf einzelne Politikbereiche?

#### *Veränderungen seit der Europawahl 2014*

Ein erster Hinweis auf Veränderung kann meistens schon sehr bald nach der Wahl, etwa durch eine personelle Neuausrichtung, erfolgen. In beiden Regierungsparteien hatte das Abschneiden jedoch keine diesbezüglichen Konsequenzen. Vielmehr wurde in einer ersten Reaktion von Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt (SD) darauf hingewiesen, dass keine klare Tendenz der Bevölkerung für den Wunsch nach „mehr“ oder „weniger“ Europa zu erkennen ist. Während die europaskeptische DF zwar als eindeutiger Wahlsieger hervorging, wurde ein gleichzeitig zur Europawahl abgehaltenes Referendum über die Teilnahme am EU-Patentgericht mit 63 Prozent Zustimmung mehrheitlich befürwortet. Die Sozialliberale Partei hatte aufgrund ihres Wahlerfolges und dem Gewinn eines Mandates noch weniger Grund für eine Positionsänderung, allerdings betonte Außenminister Martin Lidegaard, dass Unzufriedenheit mit der Europäischen Union in Teilen der Bevölkerung die Durchführung eines proeuropäischen Wahlkampfes erschwert habe. Die EU sei jedoch die Lösung der Probleme und dieses Faktum müsse der Bevölkerung besser erklärt werden.

Ein weiteres klares Zeichen gegen eine Positionsänderung nach der Europawahl lässt sich an den Verhandlungen zum Europapolitikabkommen erkennen. Das Abkommen soll die zukünftige Position Dänemarks in der Europäischen Union

Der Wahlsieg der DF bei den Europawahlen 2014 hat jedoch eine nachhaltige Diskussion über die politischen Konsequenzen für die nationale Politikebene nach sich gezogen.

Zwar werden die Sorgen der Bevölkerung betreffend der Sozial- und Integrationspolitik ernst genommen, dies bedeute jedoch keine Absage an den proeuropäischen Konsens.

markieren und auf breitem Konsens der parlamentarischen Parteien basieren. Neben den Regierungsparteien betonten Vertreter der Liberalen und Konservativen, dass das Wahlergebnis keinen Einfluss auf die bereits im Herbst 2013 gestarteten Verhandlungen haben wird. Zwar werden die Sorgen der Bevölkerung betreffend der Sozial- und Integrationspolitik ernst genommen, dies bedeute jedoch keine Absage an den proeuropäischen Konsens.

Ein ähnlicher Schluss lässt sich aus den getätigten Aussagen im Folketing ziehen. Das dänische Parlament ist der zentrale Ort der nationalen politischen Auseinandersetzung über Europa. Ein charakteristisches Merkmal ist die ausgeprägte Kontrolle gegenüber der Regierung und ihren Aktivitäten in Europäischen Angelegenheiten, welche vor allem im Europaausschuss ausgeübt wird<sup>18</sup>. Die Regierung muss sich demnach häufig parlamentarischen Anfragen und Anhörungen stellen.

Unmittelbar nach der Wahl konfrontierte Kristian Thulesen Dahl, Vorsitzender der Dänischen Volkspartei, Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt mit einer Anfrage bezüglich der EU-Position Dänemarks<sup>17</sup>. Im Speziellen wollte Dahl wissen, ob die Regierungschefin dem Wunsch der Bevölkerung nach weniger Europa nachkommen werde, ob sie einsehen würde, dass die Europäische Union zu sehr in die Kompetenzen der Nationalstaaten eingreife und sie dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten gedenke. Die Antwort der Staatsministerin fiel deutlich aus. Sie bestätigte, dass die Interessen Dänemarks am besten innerhalb der Europäischen Union wahrgenommen werden können und erteilte dem Aufruf nach weniger Europa eine klare Absage. Zwar beteuerte die Staatsministerin die Sorgen und Kritik der Bevölkerung ernst zu nehmen und das Prinzip der Subsidiarität stärken zu wollen, betonte jedoch auch, dass das Ergebnis der Wahl und des Referendums zeigt, dass die Mehrheit der Bevölkerung keine weitere Entfernung von Europa wünsche.

Ein Blick auf die Grundpositionen der Regierungsparteien zeigt somit eine Bestätigung ihrer positiven Einstellung gegenüber der Europäischen Union<sup>16</sup>. Eine genauere Analyse einzelner Politikfelder zeigt jedoch auch, dass die Regierung in bestimmten Bereichen durchaus zu einer Reaktion gezwungen war.

Wie bereits erwähnt, setzte die Dänische Volkspartei im Wahlkampf auf das Thema Zuwanderung. Im Besonderen kritisierte die Partei, dass Sozialleistungen auch für EU-Ausländer zugänglich sind und der tatsächliche Anspruch oftmals einer mangelhaften Kontrolle unterzogen wird. Diesen Themenschwerpunkt, welcher mit den Begriffen „Wohlfahrtstourismus“ oder „Sozialtourismus“ bezeichnet und kontrovers diskutiert wird, teilt die Partei mit zahlreichen rechtspopulistischen (und einigen konservativen) Parteien Europas. Bereits im Laufe des Wahlkampfes konzentrierte sich die Debatte vor allem auf die Ausbezahlung des Kindergeldes an EU-Ausländer. Im Juni 2013 hatte die Regierung die Auszahlungspraxis, nach scharfer Kritik der Europäischen Kommission aufgrund einer Missachtung des EU-Rechts, an die geltenden Verordnungen (EG Nr. 883/224 und EG Nr. 987/2009) angepasst, wonach der Anspruch auf Kindergeld unmittelbar gegeben ist, selbst wenn das Kind in einem anderen EU-Mitgliedsstaat lebt. Der Aufenthalt in Dänemark war nach dänischem Recht jedoch eine Grundvoraussetzung, um Kindergeld zu beziehen. Aufgrund der zunehmenden Kritik der Oppositionsparteien, aber auch innerhalb der eigenen Partei, sah sich die Regierung gezwungen, eine neue Position in der Debatte einzunehmen und kündigte Verhandlungen mit der Europäischen Kommission an<sup>19</sup>. Ziel war es, einen Passus zu integrieren, welcher eine Auszahlung auf Basis des Niveaus der Lebenserhaltungskosten im Wohnmitgliedsländ des Kindes vorsieht. Eine Einigung dazu wurde jedoch nicht erzielt, weshalb sich die Regierung seit der Wahl zum Europäischen Parlament immer wieder mit Kritik zur Auszahlung des

Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht keine weitere Entfernung von Europa.



Kindergeldes konfrontiert sieht. Ein interessantes Detail der Debatte ist, dass die europafreundlichen Oppositionsparteien, allen voran die Liberalen, zu den schärfsten Kritikern der neuen Kindergeldregelung zählen und sich damit in ihrer Position eher der Dänischen Volkspartei angenähert haben als die Regierungsparteien.

Ein weiteres Zeichen dafür, dass die Regierung durchaus Themen der Dänischen Volkspartei aufgreift, ist eine im Oktober beschlossene Reformierung und Ausweitung des Grenzschutzes, welche der dänischen Grenzpolizei nicht nur die Durchführung von mehr Schengen-konformen Kontrollen erlaubt, sondern auch den Einsatz von neuen Technologien, wie etwa der elektronischen Erfassung von Nummern-kenntafeln ermöglicht. Dass die Sozialdemokraten die DF als ernstzunehmenden Konkurrenten auf der nationalen Politikebene ansehen, wird zudem durch gezielte Kampagnen deutlich. Im August 2014 präsentierte die Partei mögliche finanzielle Auswirkungen im Falle einer Umsetzung von DF-Programmpunkten, mit dem Ziel, die Partei als wirtschaftlich unverantwortlich darzustellen.

Zwei weitere Themen haben die politische Tagesordnung der Europäischen Union seit der Konstituierung des Europäischen Parlaments im Juli 2014 dominiert: Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die anhaltende Krise in der Eurozone. Bezüglich eines Lösungsansatzes für den bewaffneten Konflikt in der Ukraine stimmen die Positionen der Regierungsparteien und jene der europaskeptischen DF im Kern überein. Während die Dänische Volkspartei jedoch für eine Anerkennung der Volksabstimmung auf der Krim plädierte und sich die Abgeordneten der Partei mehrheitlich ihrer Stimme für einen im September 2014 im Europäischen Parlament verabschiedeten Entschließungsantrag enthielten, setzten sich die Regierungsparteien für Sanktionen und eine klare Position gegenüber Russland ein. Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt betonte jedoch auch, dass nur eine Lösung auf dem Verhandlungstisch zu nachhaltigem Frieden in der Ostukraine führen kann. Im Zuge eines Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im Februar 2015 begrüßte sie das Minsker Abkommen und drückte ihren Optimismus für einen nachhaltigen Waffenstillstand aus<sup>20</sup>. Ähnliche Äußerungen tätigte Außenminister Lidegaard (RV), welcher sich für ein verstärktes Engagement der Europäischen Union für eine Beendigung des Konfliktes aussprach und der Ukraine eine Perspektive innerhalb der EU in Aussicht stellte. Die Dänische Volkspartei hat die Linie der Regierung bezüglich Sanktionen gegenüber Russland im Parlament bisher unterstützt, jedoch ist die Partei skeptisch, ob diese letztendlich auch ihre beabsichtigte Wirkung erzielen werden. Zudem forderte der außenpolitische Sprecher der Partei Søren Espersen Kompensationszahlungen für dänische Betriebe, die aufgrund der außenpolitischen Situation finanzielle Einbußen hinnehmen müssen<sup>21</sup>.

Während die Dänische Volkspartei für eine Anerkennung der Volksabstimmung auf der Krim plädierte, setzten sich die Regierungsparteien für Sanktionen und eine klare Position gegenüber Russland ein.

Im Gegensatz zum Konflikt in der Ukraine wurde die Eurokrise von den politischen Parteien wenig bis gar nicht thematisiert. Dänemark partizipiert aufgrund seiner verhandelten Opt-Outs nicht in der Währungsunion, der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit sowie der Unionsbürgerschaft. Umfragen deuten zudem darauf hin, dass sich die Mehrheit, wohl auch aufgrund der nachhaltigen Probleme innerhalb der Eurozone, nach wie vor gegen eine Einführung des Euros ausspricht. Zuletzt äußerte sich Staatsministerin Helle Thorning-Schmidt im Februar des Vorjahres zu diesem Thema und betonte, dass eine Einführung der Gemeinschaftswährung auf lange Sicht gesehen Vorteile bringen würde, da Dänemark dadurch mehr Einfluss auf Entscheidungen nehmen könnte. Auch die Sozialliberale Partei befürwortet einen Beitritt zur Währungsunion, jedoch ist ein Referendum zu diesem Thema aufgrund der nationalen Stimmungslage nicht absehbar.

Eine Reaktion der Regierung ist vor allem in den Bereichen Soziales und Immigration zu bemerken.

Eine andere Opt-Out Bestimmung, nämlich jene zur polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, könnte demnächst geändert werden. Dies ist jedoch keine Konsequenz des Wahlerfolges der Dänischen Volkspartei, sondern resultiert aus der Sorge, aufgrund der supranationalen Umstrukturierung Europols, aus der Polizeibehörde der EU ausgeschlossen zu werden. Anstelle einer Opt-Out Lösung, spricht sich die Regierung für eine Opt-In Strategie aus, welche es Dänemark erlauben würde, polizeilich zu kooperieren, ohne sich jedoch für andere Themenfelder, wie dem Bereich Immigration, zu verpflichten.

#### Fazit

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die dänische Regierung nur marginal auf den Erfolg der europaskeptischen Dänischen Volkspartei reagiert hat. Während sie ihrer proeuropäischen Grundposition treu geblieben ist, hat sich die Regierung einiger Themen, die von der DF auf die politische Tagesordnung gesetzt wurden, angenommen und ihre Position in der öffentlichen Debatte angepasst. Eine Reaktion der Regierung ist vor allem in den Bereichen Soziales und Immigration zu bemerken. Die Aussagen und Handlungen der Regierungsparteien sowie der europafreundlichen Opposition seit der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 lassen jedoch darauf schließen, dass die meisten der im Parlament vertretenen Parteien, ungeachtet ihrer Wahlkampfangementation, hinter einem proeuropäischen Konsens stehen und dies im nächsten Jahr mit einem Referendum bezüglich des Opt-Outs im Bereich der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen werden. Abgesehen davon offenbart der Erfolg der Dänischen Volkspartei nachhaltige Konsequenzen für die dänische Innenpolitik. Die Regierung geht mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen vermehrt auf die Themen der DF ein und betrachtet die Partei als ernstzunehmenden Herausforderer um den ersten Platz in der Gunst der Wähler.

#### 4.2 Frankreich | Magali Balent<sup>22</sup>

Es gibt eine „Republikanische Front“ gegen den Front National (FN), die sich angesichts des Erstarkens der Europaskepsis jedoch abschwächt und die scharfe Trennung zwischen dem FN und der Linken in der Regierung verwischt.

Geschichte wiederholt sich unaufhörlich... Die Nachwahl zur Nationalversammlung, die im Februar 2015 im Department Doubs abgehalten wurde, war für die Sozialistische Partei eine erneute Gelegenheit, einen Erfolg des FN durch die Bildung einer „Republikanischen Front“ zu verhindern. Tatsächlich ist es dem Kandidaten der PS gelungen, sich in der Stichwahl gegen den *Front National* (FN)<sup>23</sup> zu behaupten. Dieses Muster knüpft an eine alte Tradition in der französischen Politik aus der Dritten Republik an. Sie bestand (und besteht) aus der Bildung einer Wählerallianz der Parteien des rechten und linken Lagers gegen die extreme Rechte, die als Feind der republikanischen Verfassung angesehen wurde. Diese Tendenz, eine strikte Trennung zwischen der Republik einerseits und der extremen Rechten andererseits beizubehalten, entspringt nicht zuletzt der Tatsache, dass seit der Episode des „Front Populaire“ in den 1930er Jahren der Kampf gegen den Faschismus für Frankreichs Linke immer grundlegend und strukturgebend war. Diese alte Tradition beginnt unter dem Druck einer doppelten Versuchung jedoch zu bröckeln, zuallererst bei Wählern, die immer empfänglicher für europaskeptische Positionen werden<sup>24</sup>.

Die Tatsache, dass der FN bei den Europawahlen im Mai 2014 mit 25,4 Prozent stärkste Kraft wurde, unterstreicht dessen steigende Beliebtheit auch bei traditionell eher den Regierungsparteien zugeneigten Wählern. In der Folge wächst innerhalb der etablierten Parteien die Versuchung, lange vernachlässigte und dem FN überlassene Themen wieder aufzugreifen, auch unter dem Risiko einer „Lepenisierung“, also der inhaltlichen Annäherung mancher Inhalte an Positionen des FN.

Zwischen einem Teil der französischen Linken und dem FN gibt es inhaltliche Schnittstellen, was den Einfluss der euroskeptischen Denkweise auf die aktuelle Regierung erklären kann.

Während seiner Zeit als Minister kämpfte Montebourg außerdem gegen die europäische Sparpolitik, die er ebenso wie der FN als die den eigentlichen Grund für die anhaltende Wachstumsschwäche in der Eurozone ansah.

Die politischen Führungskräfte des bürgerlichen Lagers wurden oft beschuldigt, dem FN den Boden zu bereiten und in seinem Kielwasser zu schwimmen<sup>25</sup>. Seit der Wahl von François Hollande im Mai 2012 scheinen aber auch die regierenden Sozialisten durch Annäherungen an Themen des FN in Versuchung geraten zu sein. Diese Situation ist nicht vollkommen überraschend, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Linke ihren Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2012 zum Teil auch dem FN verdankt<sup>26</sup>. Darüber hinaus und bereits sehr viel länger existiert seit den 1990er Jahren ein Phänomen, das Pascal Perrineau „Gauchisme“ nennt. Damit bezeichnet er die Tendenz einiger Wähler des linken Arbeitermilieus, die im Zuge der Krise von ihren Volksvertretern enttäuscht wurden, ihre Stimmen dem FN zu geben und sich trotzdem gleichzeitig als linke Wähler zu bezeichnen.<sup>27</sup> Das ist keineswegs so abwegig, wie es klingt, denn schließlich haben ein Teil der Linken und der FN bei manchen europäischen Themen durchaus gemeinsame Positionen, z.B. der gemeinsam geteilten Aversion gegenüber der freien Marktwirtschaft und der sogenannten europäischen Technokraten. Beide fordern zudem eine Stärkung des Nationalstaats.<sup>28</sup>

Trotz eines veritablen geistigen Widerwillens, dies auch zuzugeben, gibt es inhaltliche Schnittstellen zwischen einem Teil der französischen Linken und dem FN, was den Einfluss der euroskeptischen Denkweise auf die aktuelle Regierung erklären kann. Welches sind aber Politikfelder, auf denen ein derartiger Einfluss sichtbar wird? Für die Analyse konzentriere ich mich zunächst auf die Sichtweise zur EU, wie sie von einigen linken euroskeptischen Politikern vertreten wird. Dann wende ich mich Positionen der Regierung zu sensiblen, den Euroskeptizismus eventuell verstärkenden Themen zu. Dazu zählen die Einwanderungsfrage, der Multikulturalismus oder die Ausweitung der EU. Auf all diesen Politikfeldern werden gewisse und von rechts beeinflusste Schwänke der Regierung und der sie tragenden Partei sichtbar.

Auch wenn sich die Linke in der Regierung offiziell als pro-europäisch bezeichnet, indem sie regelmäßig daran erinnert, dass die EU die Zukunft Frankreichs sei und dass ein Austritt aus der Europäischen Union gleichbedeutend mit einem „Austritt aus der Geschichte“<sup>29</sup> wäre, hat sie gleichwohl Positionen unterstützt, die von ihrem Argwohn gegen ein vermeintliches „Europa des Finanzwesens“ oder „des Kapitals“ zeugen.

Arnaud Montebourg, Minister für wirtschaftlichen Wiederaufbau unter Premierminister Jean-Marc Ayrault und danach für kurze Zeit (April-August 2014) für Wirtschaft unter Premier Manuel Valls, verdankt einen Teil seiner öffentlichen Bekanntheit der Verunglimpfung Europas als „neo-liberal“ und den Attacken gegen die angeblich von Deutschland auferlegten Sparmaßnahmen. In diesem Sinne fügt er sich nahtlos in euroskeptische Positionen ein, wie sie vom FN und der extremen Linken gleichermaßen vertreten werden. Sie sehen in der EU eine die Republik zerstörende Kraft, der eine starke Nation entgegenstellt werden muss. Als eifriger Verfechter des „Nein“ während der Kampagne zum Referendum über den „Entwurf über eine Verfassung für Europa“ im Jahr 2005 ist Montebourg zum Begründer einer Art von „Wirtschaftsnationalismus“<sup>30</sup> geworden. Vom ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz im europäischen Parlament, Daniel Cohn-Bendit, wurde er gar beschuldigt, einen linken *Front National* begründen zu wollen.<sup>31</sup>

Kaum vom neu gewählten Präsidenten François Hollande zum Minister ernannt, nahm Montebourg die Europäische Union aufs Korn. Er beschuldigte sie, unlauteren Wettbewerb und Produktionsauslagerungen zu fördern und die Bürger verwundba-

rer gegenüber dem globalen Finanzwesen zu machen. Mit Aussagen, die ebenso gut vom FN hätten stammen können, empfahl er einen Protektionismus an den Außengrenzen der EU mittels der Einführung von Steuern und eines Systems von nationalen Handelsvorteilen, um französische Arbeitnehmer gegen die Globalisierung zu schützen<sup>32</sup> (Marine Le Pen schlug ihrerseits vor, ergänzend zu den nationalen Kontrollen verstärkte Grenzkontrollen an den Außengrenzen der Union einzuführen). Während seiner Zeit als Minister kämpfte Montebourg außerdem gegen die europäische Sparpolitik, die er ebenso wie der FN als die den eigentlichen Grund für die anhaltende Wachstumsschwäche in der Eurozone ansah. Im August 2014, kurz vor seinem Ausscheiden aus der Regierung, betonte er nochmals, dass es seiner Meinung nach zwei Probleme auf der europäischen Agenda gäbe: Einerseits die europäische Haushaltspolitik, die in der Auferlegung von „Spardiktaten“ für alle Länder der Union gipfeln würde, sowie die starre Geldpolitik der EZB.<sup>33</sup>

Arnaud Montebourg ist allerdings nicht der einzige, der im Fahrwasser der euroskeptischen Welle schwimmt, die sich seit Beginn der wirtschaftlichen und sozialen Krise 2008 in Frankreich ausgebreitet hat. Auch François Hollande hat im Zuge seiner Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2012 die Neuverhandlung des Fiskalpakts gefordert. Später, bei einer Pressekonferenz nach seinem ersten EU-Gipfel als Präsident äußert er sich zufrieden darüber, neben einer bis dahin nicht existenten Finanztransaktionssteuer einen zusätzlichen Wachstumspakt durchgesetzt zu haben, um so die Auswirkungen des Stabilitätspaktes aufzufangen und eine drohende Rezession zu vermeiden.<sup>34</sup>

Der Sieg von Syriza bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in Griechenland bot den regierenden Sozialisten erneut die Möglichkeit der Parteinahme zu Gunsten der Austeritätsgegner. Der Staatspräsident empfing den Parteichef von Syriza und neugewählten Ministerpräsidenten Griechenlands und erklärte bei einer gemeinsamen Pressekonferenz am 4. Februar 2015, dass Griechenland und Frankreich gemeinsame Ziele für ein geeintes Europa verfolgten: Hollande forderte, Europa solle „solidarischer und politischer werden und sich stärker um wirtschaftliches Wachstum bemühen“. Er mahnte, das Wahlergebnis in Griechenland, das er als Ausdruck für die „Unerträglichkeit der rigiden Sparmaßnahmen“ wertete, zu respektieren.<sup>35</sup> Das Ansinnen Athens, seine Schulden neu zu verhandeln, bezeichnete kurz zuvor auch der französische Finanzminister, Michel Sapin, als „legitim“ und bekräftigte sein vollstes Vertrauen in die Fähigkeit Griechenlands, die nötigen Reformen auch durchzuführen.<sup>36</sup>

#### *Die Linke und die Flüchtlingsproblematik*

Die Linke in der Regierung enthüllt auch euroskeptische und rigide Positionen in ihrer Einwanderungspolitik. Diese ist eine Ursache für das tiefe Misstrauen der Franzosen gegenüber der EU, die der FN auch immer wieder beschuldigt, seit Abschaffung der innereuropäischen Grenzen so durchlässig zu sein, dass man sie als ein „europäisches Sieb“ bezeichnen müsse. Wie gravierend dieses Thema ist, zeigen auch Umfragen zu den Gründen des Abstimmungsverhaltens bei den Europawahlen 2014, bei der das Thema Einwanderung an oberster Stelle noch vor der Beschäftigungssituation oder der Kaufkraft rangierte.<sup>37</sup>

Vorbehalte der Sozialistischen Partei gegenüber Zuwanderung sind nicht neu, erinnern wir uns an ihre Regierungsübernahme im Frühjahr 1997, als sie die schlechte Sicherheitslage im Land mit Einwanderung in Verbindung brachte. Jean-Pierre Chevènement, seinerzeit Innenminister der Regierung Jospin, zögerte nicht zu unterstreichen, dass Einwanderung „absorbierbar“ wäre, aber nur „in kleinen

In Fragen zur Ausweitung der Grenzkontrollen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen nach Europa und vor allem in Fragen der illegalen Einwanderung nach Frankreich wird der Anstieg des Euroskeptizismus besonders deutlich.

Dosen".<sup>38</sup> Seit der Rückkehr der Linken an die Macht im Jahr 2012 ist es der damalige Innen- und heutige Premierminister Manuel Valls gewesen, der die Debatte mit vereinfachenden Floskeln wieder aufnahm.<sup>39</sup> In einem Interview bei *France Inter* im September 2013 behauptete er beispielsweise, dass nur eine Minderheit der Roma wünschte, sich in Frankreich zu integrieren: „Es gibt sicherlich Fälle geglückter Integration, aber das betrifft nur ein paar Familien ... [E]s ist illusorisch zu glauben, man könne das Problem der Roma-Bevölkerung einzig über Integration lösen ... [M]an müsse sich darüber im Klaren sein, dass diese Völker eine gänzlich verschiedene und im Widerspruch zu unserer stehende Lebensweise hätten, was bedeute, dass die Roma nach Rumänien oder Bulgarien zurückkehren sollten“.<sup>40</sup> Diese Worte – aus dem Mund eines Sozialisten eher unerwartet – zeugen von einem Gefühl des drohenden Identitätsverlustes bei einem Teil der französischen Öffentlichkeit, die Manuel Valls für sich zurückgewinnen will.

Die Angst vor einem derartigen Identitätsverlust geht einher mit einem Anstieg der Ausländerfeindlichkeit, besonders hinsichtlich der Einwanderung aus islamisch geprägten Ländern außerhalb der EU und den neuen EU-Mitgliedern, darunter Rumänien und Bulgarien, die als Bedrohung empfunden wird. Valls' Äußerungen decken sich mit der Unzufriedenheit der französischen Bürger angesichts des Misslingens der Integration, das größtenteils den Ausländern angelastet wird, die keine Anstrengungen unternehmen würden, sich zu integrieren. Der Bericht der Nationalen Kommission für Menschenrechte (CNCDH) von 2013 verweist darauf, dass nur 22 Prozent der Franzosen es der französischen Gesellschaft auch nur in geringem Maße anlastet, dass es Menschen mit ausländischer Herkunft bei der Integration schwer hätten.<sup>41</sup> Das legt den Schluss nahe, dass es sich bei Manuel Valls um politisches Kalkül handelt, dem bewusst wurde, dass der Multikulturalismus immer mehr als Bedrohung empfunden wird und die Politik reagieren muss. Das letzte Politbarometer von CEVIPOF im Februar 2015 ergab, dass 69 Prozent der Franzosen der Meinung sind, es gäbe in Frankreich zu viele Ausländer. 82 Prozent befürworteten es, dass die Republik selbstbewusster auftreten müsse, auch wenn das einigen gesellschaftlichen Gruppen missfallen sollte.<sup>42</sup>

In Fragen zur Ausweitung der Grenzkontrollen im Zusammenhang mit den Flüchtlingsströmen nach Europa und vor allem in Fragen der illegalen Einwanderung nach Frankreich wird der Anstieg des Euroskeptizismus besonders deutlich. Er verleitet auch Politiker aus dem linken Spektrum dazu, ihre Position zu korrigieren und für Entschiedenheit in diesen Fragen einzutreten. Manuel Valls sprach sich erneut für eine entschlossene Position hinsichtlich europäischer Grenzkontrollen aus. Aber schon bei seiner ersten Teilnahme der EU-Innenminister in Brüssel im Juni 2012, erwägte der damalige Innenminister die Möglichkeit, im Falle einer schwerwiegenden Bedrohung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit an den nationalen Grenzen Polizeikontrollen wieder einzuführen, so dass angesichts von Krisen- oder Ausnahmesituationen die Schengenstaaten wieder zu ihrer vollen Souveränität zurückkehren könnten.<sup>43</sup> Ein Jahr später äußerte er Bedenken hinsichtlich des Beitritts Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum am 1. Januar 2014. „Wenn die Bedingungen nicht passen, kann man es nicht machen. Aktuell kann man es nicht“, erklärte er auf *Radio Monte Carlo* und BFMTV im September 2013.<sup>44</sup> Diese Äußerungen zeigen erneut den wachsenden Einfluss der Europa- und Einwanderungsskepsis auf die Regierung, der besonders vom FN ausgeht. Dieser forderte im Europawahlkampf 2014 u.a. den Austritt Frankreichs aus dem Schengenraum, um die „Laxheit“ der EU auf dem Gebiet der Einwanderung zu beenden und die französische Souveränität wiederherzustellen.

Allerdings finden Valls' Äußerungen nicht die volle Zustimmung seines eigenen Lagers. Bei der Eröffnung des Museums für Einwanderungsgeschichte befürwortete Präsident Hollande das Schengenabkommen und wies darauf hin, dass es in der französischen Geschichte immer Zuwanderung gegeben hätte. Trotz wachsender Bedeutung des Themas Zuwanderung für die französische Identität und die Zukunft der EU schwankt die Regierung beständig zwischen einer Übernahme der Positionen des europa- und einwanderungsfeindlichen FN und der Beibehaltung der großzügigen und humanistischen Ausrichtung, auf der ihre Geschichte gründet, die sich heute aber immer weiter vom Wählerwillen entfernt.

### Fazit

Die seit 2012 amtierende sozialistische Regierung zeigte sich – allen anderslautenden Beteuerungen zum Trotz – als nicht unempfindlich für die von den europa- und zuwanderungsfeindlichen Parteien vorgebrachten Argumente, so dass sich zumindest bei einigen Themen eine Annäherung an deren Positionen konstatieren lässt. Einerseits ist die eher linkspopulistisch untermalte Europa- und Kapitalismuskritik auch Ausdruck wahltaktischer Überlegungen, die darauf abzielen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, die ohnehin zu Misstrauen gegenüber der EU neigt. Andererseits steht dieses Andienen an europaskeptische Grundtöne in Frankreich von links durchaus für die ideologischen Überzeugungen einiger Politiker der *Parti socialiste*. Erinnerung sei hier an die Kampagne von 2004 und 2005 des heutigen Außenministers und damaligen Europaabgeordneten, Laurent Fabius, gegen das Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag, den er beschuldigte, ein wirtschaftsliberales Europa und Standortverlagerungen in Ausland zu fördern, während er gleichzeitig mit dem Schreckgespenst eines EU-Beitritts der Türkei im Falle eines positiven Ausgangs des Referendums drohte. Wenn der Wille, bestehende Vorbehalte und die Unzufriedenheit mit der EU zu mobilisieren, voll zum Tragen kommt, dann scheint die Übernahme von weiteren Positionen des euroskeptischen Populismus auch bei einer Partei des linken Spektrums möglich.

### 4.3 Großbritannien | Bastian Matteo Scianna

Jahr für Jahr, immer, wenn in Straßburg und Brüssel über den Haushalt der EU debattiert wird, taucht in Großbritannien die Frage auf, ob sich die Mitgliedschaft in der Union für das Vereinigte Königreich überhaupt noch lohnt. Anfang 2013 schließlich stellte Premierminister David Cameron für 2017 ein Referendum zum Verbleib Großbritanniens in der EU in Aussicht, unter der Voraussetzung, dass er es sei, der die Briten fragen würde. Nachdem in den Medien immer wieder Meldungen über ein früheres Referendum kursierten<sup>45</sup>, bekräftigte die Regierung noch vor der Europawahl, man brauche weitere Zeit, um einen „besseren Deal“ für Großbritannien auszuhandeln. Nach den Europawahlen wurden Gerüchte laut, am Regierungssitz werde doch ein vorgezogenes Referendum geplant.<sup>46</sup> Das kann zweifellos als Reaktion auf das Abschneiden UKIPs und die anhaltend guten Umfragewerte (sowie als Taktik im Zuge des Schottland-Referendums) interpretiert werden.

Das Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Juni 2014 wurde, wie der Widerstand gegen das Vorschlagsrecht des EU-Parlaments für den Kommissionspräsidenten, von der Regierung als Kampf gegen die ungeliebte EU-Bürokratie, das behauptete Demokratiedefizit und ein britisches Eintreten für Reformen dargestellt. Der Premierminister erklärte im *House of Commons*, dass er, wie auch schon bei der Euro-Rettungspolitik, die Interessen Großbritanniens verteidigt habe und den Kurs der Neuverhandlungen bis 2017 weiter vorantreiben werde.<sup>47</sup> Gerade im Anschluss an den Erfolg UKIPs war die zuvor gezeigte Demonstration der „Stärke“ gegen den

Gerade im Anschluss an den Erfolg UKIPs war die Demonstration der „Stärke“ gegen Juncker und die EU innenpolitisch motiviert, und David Cameron wirkte oft wie ein Getriebener durch UKIP.

designierten EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker und die EU innenpolitisch motiviert und Cameron wirkte oft wie ein Getriebener durch UKIP.

Die möglichen Nachzahlungen Großbritanniens zum EU Budget sorgten im November 2014 für große Unruhe und spielten UKIP bei den „by-elections“ in die Hände. Aus dem Amtssitz der Regierung war zu hören, dass die späte Benachrichtigung die Probleme der EU-Verwaltung verdeutliche und man daher nicht nur das EU-Budget, sondern generell die Prozeduren in Brüssel dringend entschlacken müsse.<sup>48</sup> Die Reaktionen waren jedoch nicht fundamental unterschiedlich zur „klassischen“ britischen Position und UKIP war eher passiver Profiteur als „agenda-setter“. Premier Cameron bleibt daher bei seiner alten Argumentationslinie, dass nur die Tories ein Referendum garantieren können – selbst bei einem möglichen „hung-parliament“ nach den Unterhauswahlen im Mai 2015.<sup>49</sup>

Im Hinblick auf eine mögliche EU-Erweiterung bleibt Großbritannien bei seiner historisch gewachsenen befürwortenden Grundeinstellung, betont jedoch die Probleme neuer Arbeitskräfte und deren Bewegungsfreiheit innerhalb der Union.<sup>50</sup> Die Liberaldemokraten fordern weiterhin eine EU-Reform zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Effizienz und der demokratischen Legitimation. Trotz Hervorhebung der britischen Interessen und Forderungen nach Stärkung der nationalen Parlamente<sup>51</sup> bleiben die LibDems die pro-europäischste Partei im Königreich.

#### *Euro-Rettungspolitik und Haushaltskonsolidierung*

Die Euro-Rettungspolitik wird von den Konservativen oftmals als Warnsignal gesehen, aus den Fehlern der Labour-Jahre zu lernen. Die erfolgreiche Austeritätspolitik im eigenen Land wird der EU-Krisenpolitik gegenübergestellt. An der Euro-Rettungspolitik kritisiert die Regierung, es mangle ihr an langfristigen Strategien. Gleichzeitig sei es sehr erfolgreich, sich herauszuhalten. Somit lobt die Regierung den eigenen Weg, den „long-term economic plan“, in Anbetracht der „unsicheren ökonomischen Entwicklungen“ in Europa bzw. der Euro-Zone.<sup>52</sup> Der Einfluss von UKIP sollte hier jedoch nicht überbewertet werden, da die Spitzen eher gegen Labour und eine alternative Wirtschaftspolitik gehen und UKIP, gerade bei alternativen Wirtschaftsplänen, sicherlich keine Vorreiterrolle attestiert wird.

Zur Wahl in Griechenland im Januar 2015 veröffentlichte der Vorsitzende der LibDems und Vize-Premier, Nick Clegg, einen Artikel im *Telegraph*, worin er die Koalitionsbildung mit den Konservativen mit der finanzpolitischen Notsituation 2010 rechtfertigte. Nur der von den LibDems eingeschlagene Spar- und Konsolidierungskurs habe Großbritannien davor bewahrt, ein zweites Griechenland zu werden und müsse daher dringend daheim und europaweit fortgeführt werden, so Clegg.<sup>53</sup> Der Premierminister forderte seinen griechischen Amtskollegen Alexis Tsipras dazu auf, nach konstruktiven Lösungen zu suchen, um ein Verbleiben Griechenlands in der Eurozone sicherzustellen, wollte seine Position aber als neutraler Vermittler wahrgenommen sehen.<sup>54</sup> Die gesunde ökonomische Entwicklung Großbritanniens dürfe nicht durch Fehler und Nachlässigkeiten in der Eurozone gefährdet werden, so Cameron.<sup>55</sup>

#### *Zuwanderung und Grenzkontrollen*

Im Vorfeld der Parlamentswahlen wurden Mitte Mai 2014 härtere Strafen bei illegaler Einwanderung verkündigt. Darüber hinaus präsentierte die Regierung Zahlen, die einen Rückgang der Einwanderung um ein Drittel seit 2005 zeigten. Ebenso wurde der „Immigration Act“ als Kernprojekt zur Neuausrichtung der britischen Ein-

Die gesunde ökonomische Entwicklung Großbritanniens dürfe nicht durch Fehler und Nachlässigkeiten in der Eurozone gefährdet werden, so Premier David Cameron.

wanderungspolitik am 14. Mai 2014, also wenige Tage vor der Europawahl, eingeführt.<sup>56</sup>

Auch die Liberaldemokraten unter Nick Clegg orientierten sich nach den Wahlen zu einer strikteren Linie in Einwanderungsfragen.<sup>57</sup> Ihre Forderung nach „exit checks“ soll das Grundprinzip der freien Bewegung innerhalb der EU nicht antasten, aber dem Königreich eine bessere Kontrolle ermöglichen. Zudem zeigen sich auch die LibDems stolz, die Immigrationsrate um ein Drittel gesenkt zu haben.<sup>58</sup>

Nach den „by-election“ Erfolgen von UKIP scheint es erneut eine neue Initiative und verstärkte Informationspolitik zur Bekämpfung illegaler Migration gegeben zu haben. Der „deport first, appeal later“-Ansatz wurde zu Beginn des Jahres 2015 als Erfolg hervorgehoben, mit dem über 300 kriminelle Ausländer ausgewiesen wurden.<sup>59</sup> Ende Januar 2015 wurde auch Home Secretary Theresa May, die sich häufig mit Forderungen nach strikteren Kontrollen hervortut, in neue Forderung aus No. 10 einbezogen, was eine bessere EU-Kooperation anbetrifft. Die bis dato existierenden Mechanismen wurden als mangelhaft bezeichnet, die Vorreiterrolle des Vereinigten Königreichs hervorgehoben und Nachholbedarf anderer EU-Staaten betont.<sup>60</sup>

Die Konservativen blieben bei ihrer Position einer vierjährigen Sperre von nicht-EU Einwanderern in Bezug auf staatliche Zuwendungen in Arbeits-, Steuer- und Mietfragen. EU-Bürger, die mehr als sechs Monate arbeitslos sind, sollen abgeschoben werden und auch vorher keine Ansprüche auf Unterstützung aus dem „Universal Credit“ haben. (Zum Vergleich: UKIP will Migranten erst nach fünf Beitragsjahren Zugang zum Steuer- und Krankenversicherungssystem und anderen staatlichen Leistungen gewähren). Der liberale Koalitionspartner will den Zugang zu „Universal Credit“ bereits nach sechs Monaten in einem Arbeitsverhältnis bewilligen.

Schon 2013 hatte David Cameron eingestanden, dass sein Ziel, Einwanderung nach Großbritannien zu begrenzen, aufgrund der massiven Zuwanderung aus den neuen EU-Ländern nicht erreicht werden kann. Die „einigen Zehntausend“, die der Premier anvisiert hatte, wurden schließlich im September 2014 zu knapp 300.000 dauerhaft bleibenden Migranten, wovon 162.000 aus der EU und 190.000 aus nicht-EU Ländern kamen.<sup>61</sup> Die Unmöglichkeit, die EU-Binnenmigration zu kontrollieren, hätte ein solches Versprechen ohnehin ad absurdum geführt, kommentierte der *Spectator*. Zeitgleich untermauerten jedoch Zahlen, dass osteuropäischen Einwanderer alleine als „Sündenbock“ nicht herhalten können. So bleibt das Feld der Migrationsdebatte, die sich im Gegensatz etwa zu Italien, weniger um Flüchtlinge und Asylsuchende als um osteuropäische Migranten dreht, das Hauptfeld, in dem UKIP das „agenda-setting“ erfolgreich betreibt und die Tories unter David Cameron ihre Positionen und Politik weiter nach „rechts“ verschieben.

#### *Außenpolitik*

UKIP wurde vor der Europawahl oft als trojanisches Pferd Putins dargestellt – mit Berichten über angebliche Parteienfinanzierung aus Moskau (à la *Front National*). Bei mehrfachen Provokationen an den Grenzen des britischen Luftraums durch russische Flugzeuge erklärte Nigel Farage, man sei dafür mitverantwortlich, da man Russland durch die NATO- und EU-Expansionspolitik provoziert habe. Die rote Linie sei für ihn jedoch ein Angriff auf die baltischen Staaten, der Bündnissolidarität erfordere.<sup>62</sup>

Dennoch scheint es, als haben UKIP oder die Europawahl die Position der Regierung zu Russland nicht beeinflusst. Großbritannien war früh für Sanktionen gegen Moskau, es gilt eine harte zero tolerance-Linie und Ende Februar wurde beschlossen,

Einwanderung bleibt das Hauptfeld, in dem UKIP das „agenda-setting“ erfolgreich betreibt und die Tories unter David Cameron ihre Positionen wie ihre Politik weiter nach „rechts“ verschieben.



Die Kritik an Einwanderung, in UKIPs Augen „Überwanderung“ behält eine anti-EU Stoßrichtung. Das wird bis zur Unterhauswahl und einem möglichen EU-Referendum ein Dauerthema bleiben.

Militärberater in die Ukraine zu entsenden, bis die USA dies eventuell übernehmen werden.<sup>63</sup> Die Orientierung an Washington anstatt an ein deutsch-französisches Tandem oder das „Weimarer Dreieck“ hat tiefere historische Wurzeln und ist nicht in erster Linie anti-europäisch zu begründen. Allerdings wurde von britischen Medien, die sich auf einen vernichtenden Bericht des House of Lords beriefen, die Frage eines „Schlafwandels“ Londons in der Ukraine-Krise aufgeworfen. Der Tenor war neben Verfehlungen im Außenministerium und abnehmender Expertise zu Russland auch generelle Kritik am Premier als „Dauerwahlkämpfer“ und EU-Gegner, der den Willen zu einer konstruktiven Außenpolitik verloren und somit britische Gestaltungsmöglichkeiten verschenkt habe.<sup>64</sup>

#### *Fazit*

Großbritannien und Europa bzw. die EU, das war seit jeher eine spannungsgeladene Beziehung. In jüngster Zeit ist sie – verschärft durch die Euro- und Staatsschuldenkrise auf dem Kontinent – komplizierter geworden, wobei die Bemühungen um die Stabilisierung der europäischen Gemeinschaftswährung durch die Euroländer und die EU Großbritanniens ohnehin bestehende Vorbehalte gegen Europa gestärkt haben. Da das Land selbst nicht zur Eurozone gehört und die Konservativen seit jeher dem Euro ablehnend gegenüberstanden, ist in Euro- und weiteren damit in Zusammenhang stehenden finanzpolitischen Fragen allerdings keine Veränderung oder gar Verschärfung der Regierungspolitik unter dem Eindruck des Erstarkens von UKIP bei den Europawahlen vom letzten Jahr festzustellen. Die Mehrheit der Briten lehnt den Euro ab, und so ist auch die Position der Tories. Auch hinsichtlich der Positionen gegenüber Russland bzw. der Haltung der Regierung zur Krise in der Ukraine kann keine signifikante Veränderung der Regierungslinie festgestellt werden, da UKIP einerseits selbst auch russlandkritische Positionen einnimmt, andererseits aber das „EU-Empire“ zum Hauptschuldigen für die Ukraine-Krise macht. Ganz anders jedoch in Einwanderungsfragen. Dies ist das Politikfeld, auf dem UKIP am lautesten für die Rückverlagerung der nationalstaatlichen Zuständigkeit trommelt und auf von dem die stärkste Rückwirkung auf Positionen der anderen Parteien, vornehmlich der Konservativen ausgeht.

Die Kritik an Einwanderung bzw. in UKIPs Augen „Überwanderung“, bezieht sich primär auf osteuropäische Migranten und behält somit eine anti-EU Stoßrichtung. Die Tories fahren in der Gesetzgebung und in der Rhetorik eine härtere Linie als noch zum Antritt der Regierung Cameron. Denn das Migrationsthema bietet, neben all den Limitierungen des UKIP-Einflusses auf die britische Regierungspolitik insgesamt, ein Feld, in dem populistische Vorstöße und Ängste in Asyl- und Zuwanderungsfragen mit EU-Ablehnung, Terrorgefahren und Missbrauch von Sozialleistungen wild durcheinandergeworfen werden. Das Thema Einwanderung (aus EU-Staaten) wird bis zur Unterhauswahl und einem möglichen EU-Referendum ein Dauerthema bleiben.

- 1] Da es keine verbindliche Kriterien für „EU-Gegnerschaft“ und den Übergang von „Skepsis“ zu offener „Feindschaft“ gibt und auch die Gründe ebenso wie die Reichweite der EU-Kritik oder -Skepsis ganz unterschiedlich sind, variieren auch die Angaben zu den EU-Gegnern im Europäischen Parlament. Die EVP-Fraktion im EP zählt 118 „Populisten“ im EP zu den EU-Gegnern, darunter die Abgeordneten des FN, von UKIP, der FPÖ oder der PVV sowie die von PODEMOS, Syriza oder der Bewegung Fünf Sterne aus Italien. Andere Autoren wiederum zählen ganze Fraktionen zu den „Anti-Europäern“ und kommen so auf 170 Abgeordnete. Siehe dazu u.a. Niedermayer, Oskar (2014a). „Immer noch eine ‚nationale Nebenwahl‘? Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 25. Mai 2014“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 45. Jg., Heft 3, S. 523-546, hier S.544 und (2014b). „Die Europawahlen 2014 und ihre Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments“, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 63. Jg., Heft 3, S. 351-364, hier S. 361-363.
- 2] Für weitreichende Definitionen des Populismusbegriffs und seiner Adjektive ist hier kein Platz. Zu den theoretischen und konzeptionellen Aspekten von Populismus und den Unterscheidungsmerkmalen von „Links- und Rechtspopulismus“ s. Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013b). „Mapping Present-day Right-wing Populists“, in: dies. (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe. Brüssel: Centre for European Studies, S. 13-44, hier 17-20. Hier ist dennoch anzumerken, dass vor allem die rechtspopulistischen Parteien aufgrund ihrer starken Betonung des Nationalen und ihrer dauerhaften Forderung nach Rückverlagerung politischer Zuständigkeiten auf die nationale Ebene zurecht als rechts- und nationalpopulistisch bezeichnet werden können.
- 3] Konrad-Adenauer-Stiftung (i.E.). „Ich will die EU zerstören“: EU-Gegner im Europaparlament – eine Jahresbilanz. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- 4] Vogt, Susanna (2015). „Regierung Tsipras wirkt erstaunlich unvorbereitet“, Rhein Zeitung, 12. Februar 2015.
- 5] Niedermayer (2014a). Vgl. Anm. 1.
- 6] Ein Indiz dafür ist beispielsweise, dass Marine Le Pen schon am Tag nach der Europawahl die Auflösung der Nationalversammlung und damit Neuwahlen in Frankreich forderte. Vgl. tagesschau.de (2014). „Front National und UKIP legen massiv zu“, <http://www.tagesschau.de/europawahl/euwahl176.html> (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 7] Zum Beispiel Decker, Frank (2009). Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=all>, (besucht am 18.03.2015).
- 8] Siehe dazu u.a. Poguntke, Thomas (2004). „Do parties respond? Challenges to political parties and their consequences“, in: Kay Lawson und Thomas Poguntke (Hrsg.). How Political Parties Respond. Interest aggregation revisited. London und New York: Routledge, S. 1-14.
- 9] Vgl. Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013a). „Strategic Responses to the Populist’s Advance: Options for Christian Democratic and Conservative Parties“, in: dies. (Hrsg.): Exposing the Demagogues, vgl. Anm. 2, S. 399-409.
- 10] Vgl. Balent, Magali (2013). „The French National Front from Jean-Marie to Marine Le Pen: between Change and Continuity“, in: Karsten Grabow und Florian Hartleb (Hrsg.): Exposing the Demagogues, vgl. Anm. 2, S. 161-186.
- 11] Vgl. Grabow, Karsten und Florian Hartleb (2013c). Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- 12] Die an der Regierung beteiligte Sozialliberale Partei (Det Radikale Venstre, RV) ist die einzige europafreundliche Partei die Zugewinne (+2,2 Prozent) verzeichnen konnte und dadurch den Wiedereinzug in das Europäischen Parlament schaffte.
- 13] Schmitt, Herrmann (2005). „The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-Order?“, West European Politics 28 (3), S. 650-679, hier S.651f.
- 14] Raunio, Tapio (2007). „Softening but Persistent: Euroscepticism in the Nordic EU Countries“. Acta Politica 42 (2-3), S. 191-210, hier S. 195.
- 15] Politiken (2014). „Selvfølgelig skal DF med in en borgerlig regering“, Politiken, 29. November 2014.
- 16] Laursen, Finn (2005). „The role of national parliamentary committees in European scrutiny: Reflections based on the Danish case“, Journal of Legislative Studies 11 (3-4), S. 412-427, hier S. 413.
- 17] Folketing (2014). §20-Spørgsmål US 93 Om den danske EU-politiske linje, 3. Juni 2014.
- 18] Eine zusätzliche Erklärung für die Beibehaltung der europafreundlichen Einstellung der Sozialdemokraten dürften die Spekulationen um eine Topposition für Helle Thorning-Schmidt in Brüssel gewesen sein. Die Regierungschefin war als Nachfolgerin von Herman Van Rompuy für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates im Gespräch. Kritische Aussagen hätten ihre Chancen minimiert und waren somit nicht zu erwarten.
- 19] Vibjerg, Thomas und Anna Gottschalk (2014). „Helle Thorning: Vi lytter til det, der bliver sagt“, Jyllands-Posten, 2. April 2014.
- 20] Plougsgaard, Heidi und Steen A. Jørgensen (2015). „Thorning er forhåbningsfuld om fred i Ukraine“, Jyllands-Posten, 12. Februar 2015.
- 21] Winther, Bent (2014). „DF kræver milliarderstatning til sanktionsramte virksomheder“, Politiko, 23. November 2014.
- 22] Aus dem Französischen von Theresa Saetzler.
- 23] Im ersten Durchgang der Nachwahlen im Department Doubs lag die Kandidatin des FN, Sophie Montel, mit 32,6 Prozent der abgegebenen Stimmen an der Spitze, gefolgt von dem sozialistischen Kandidaten Frédéric Barbier, der 28,8 Prozent erreichte, und dem Kandidaten der UMP, Charles Demouge mit 26,5 Prozent. Dieser kam nicht mehr in die Stichwahl, in der dann Frédéric Barbier mit 51,43 Prozent knapp die Mehrheit auf sich vereinigen konnte, während Sophie Montel auf 48,87 Prozent kam.

- 24| Die Umfragen vom Dezember 2014 bestätigen diesen Trend. Nur 41 Prozent der Franzosen erklärten, dass sie ein positives Bild von der EU hätten, während 47 Prozent angaben, sie sähen die Zukunft der Union pessimistisch, EU-Kommission (2014). Standard Eurobarometer 82, [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/eb/eb82/eb82\\_first\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb82/eb82_first_en.pdf) (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 25| Siehe auch: <http://www.ldh-toulon.net/spip.php?article1838> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 26| In seinem jüngsten Buch stellt Pascal Perrineau fest, dass etwa eine Million Wähler, die im ersten Wahlgang den FN gewählt hatten, im zweiten für einen Kandidaten der linken Parteien stimmten. Die Tatsache, dass am Ende weniger als 1,14 Millionen Stimmen Sarkozy von Hollande trennten, zeigt die Stärke dieses Einflusses. Vgl. Pascal Perrineau (2014). *La France au Front*. Paris : Fayard, hier S. 178-179.
- 27| Ebd. S. 184-185.
- 28| Zu diesem Thema schreibt der Politologe Dominique Reynié von einer „sozial-nationalistischen Tendenz“, die Wählern der Linken die Wahl eines Kandidaten des FN ermöglichen würde. Besonders bei Abstimmungen, die die EU betreffen, wie dem Referendum über den Verfassungsvertrag 2005, bei dem 54,6 Prozent der Franzosen mit „Nein“ stimmten, sei dies augenfällig gewesen. Vgl. Dominique Reynié (2005). *Le vertige social nationaliste. La gauche du Non*. Paris: La Table Ronde.
- 29| Siehe zum Beispiel Äußerungen von François Hollande vom 8. Mai 2014, Elysée (2014). „L'Europe que je veux“, <http://www.elysee.fr/declarations/article/l-europe-que-je-veux/> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 30| *Le Point* (2014). „Almunia tacle Montebourg en dénonçant son „nationalisme économique“, [http://www.lepoint.fr/economie/almunia-tacle-montebourg-en-denoncant-son-nationalisme-economique-11-02-2014-1790674\\_28.php](http://www.lepoint.fr/economie/almunia-tacle-montebourg-en-denoncant-son-nationalisme-economique-11-02-2014-1790674_28.php), (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 31| *Le Parisien* (2011). „Cohn-Bendit: `Montebourg fait du FN à gauche“, <http://www.leparisien.fr/election-presidentielle-2012/cohn-bendit-montebourg-fait-du-fn-a-gauche-30-11-2011-1746119.php>, (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 32| Für weitere Informationen siehe Leveugle, Jonathan (2012). „La Démondialisation d'Arnaud Montebourg: un programme pour l'Union européenne?“, <http://www.taurillon.org/La-Demondialisation-d-Arnaud-Montebourg-un-programme-pour-l-UE,05056> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 33| *Le Monde* (2014). A. Montebourg, „les choix politiques ne sont pas figés“, *Le Monde*, 28. August 2014.
- 34| Elysée (29.06.2012). „Conférence de presse du Président de la République à l'issue du Conseil européen de Bruxelles“, <http://www.elysee.fr/conferences-de-presse/article/conference-de-presse-du-president-de-la-republique-a-l-issue-du-conseil-europeen-de-bruxelles/> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 35| Elysée (04.02.2015). „Déclaration conjointe à la presse avec M. Alexis Tsipras, Premier ministre grec“, <http://www.elysee.fr/declarations/article/declaration-conjointe-a-la-presse-avec-m-alexis-tsipras-premier-ministre-grec-2/> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 36| *France tv info* (01.02.2015). VIDEO. Michel Sapin : „La Grèce saura surmonter les difficultés“, [http://www.francetvinfo.fr/monde/grece/video-michel-sapin-la-grece-saura-surmonter-les-difficultes\\_813377.html](http://www.francetvinfo.fr/monde/grece/video-michel-sapin-la-grece-saura-surmonter-les-difficultes_813377.html) (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 37| *Sondage CSA* (25.05. 2014). „Le match des européennes. Comprendre le vote“, <http://www.csa.eu/multimedia/data/sondages/data2014/opi20140525-sondage-jour-du-vote-elections-europeennes-2014.pdf> (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 38| Zitiert nach Tevanian, Pierre und Sylvie Tissot (2014). „La lepénisation des esprits“, *LSMI.net*, 05.06.2014, <http://lmsi.net/La-lepenisation-des-esprits> (zuletzt besucht am 13.03.2015).
- 39| Man fühlt sich an die Äußerungen von Manuel Valls bei einem Fototermin am Marché d'Evry 2009 erinnert, bei dem er forderte, nur Weiße mit aufs Bild zu nehmen.
- 40| *France info* (24.09.2013). „Selon Manuel Valls, une minorité de roms veulent s'intégrer“, <http://www.franceinfo.fr/actu/politique/article/selon-manuel-valls-une-minorite-de-roms-veulent-s-integrer-285659> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 41| CNCDH (2013). *La lutte contre le racisme, l'antisemitisme et la xénophobie*, <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapports-publics/144000199/0000.pdf> (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 42| *Cevipof* (2015). *Baromètre de la confiance politique*, <http://www.cevipof.com/fr/le-barometre-de-la-confiance-politique-du-cevipof/resultats-1/vague6/vague6bis/>, (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 43| *Das Baham* (2012). „Schengen: Valls approuve le recours à la fermeture des frontières“, <http://das-baham.over-blog.com/article-schengen-valls-approuve-le-recours-a-la-fermeture-des-frontieres-106621534.html>, (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 44| *Le Parisien* (25.09.2013). „Roms: Valls persiste et signe“, <http://www.leparisien.fr/politique/roms-pour-valls-bulgarie-et-roumanie-n-ont-pas-leur-place-dans-schengen-25-09-2013-3168257.php>, (zuletzt besucht am 15.04.2015).
- 45| *The Guardian* (2015a). „Cameron hints at early referendum on Britain's EU membership“, <http://www.theguardian.com/politics/2015/jan/04/cameron-early-referendum-britain-eu-membership>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 46| *Wall Street Journal* (2014). „David Cameron's Referendum on U.K.'s EU Membership Still Set for 2017“, *WSJ*, 01.06.2014, <http://www.wsj.com/articles/u-k-referendum-on-eu-membership-remains-scheduled-for-2017-1401626844>, (zuletzt besucht am 16.04.2015).
- 47| „European Council June 2014: David Cameron's statement“, 30.06.2015, <https://www.gov.uk/government/speeches/european-council-june-2014-david-camersons-statement>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 48| „Press briefing: afternoon 5 November 2014“, 05.11.2014, <https://www.gov.uk/government/news/press-briefing-afternoon-5-november-2014>, (zuletzt besucht am 17.03.2015).

- 49| „Why I still believe Britain can do business in Europe: article by David Cameron“, 30.06.2014, <https://www.gov.uk/government/news/why-i-still-believe-britain-can-do-business-in-europe-article-by-david-cameron>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 50| „Minister for Europe responds to EU Enlargement Package“, 08.10.2014, <https://www.gov.uk/government/news/minister-for-europe-responds-to-eu-enlargement-package>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 51| LibDem Positionspapier zu EU-Reformen, <http://www.libdems.org.uk/eureform>, (zuletzt besucht am 17.03.2015).
- 52| The Guardian (2015b). „David Cameron: Greek election result highlights danger of re-electing Labour“, <http://www.theguardian.com/world/2015/jan/26/greece-election-syriza-victory-economic-uncertainty-david-cameron>, (zuletzt besucht am 19.03.2015).
- 53| The Telegraph (2015). „Nick Clegg: My party averted a Greek tragedy in the UK“, The Telegraph, 24.01.2015, <http://www.telegraph.co.uk/news/politics/nick-clegg/11367267/Nick-Clegg-My-party-averted-a-Greek-tragedy-in-the-UK.html>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 54| The Guardian (2015c). „David Cameron to hold first meeting with Greece’s Alexis Tsipras“, The Guardian, 12.02.2015, <http://www.theguardian.com/business/2015/feb/12/david-cameron-hold-first-meeting-greece-alexis-tsipras>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 55| „Prime Minister statement on EU Council: 23 February 2015“, 23.02.2015, <https://www.gov.uk/government/speeches/prime-minister-statement-on-eu-council-23-february-2015>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 56| „Immigration Bill becomes law“, 14.05.2014, <https://www.gov.uk/government/news/immigration-bill-becomes-law>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 57| The Guardian (2014). „Nick Clegg seeks to stake the Lib Dems’ claim to immigration issue“, <http://www.theguardian.com/politics/2014/aug/05/nick-clegg-immigration-european-union-eu-lib-dems>, (zuletzt besucht am 19.03.2015).
- 58| LibDem Positionen zu Migration, <http://www.libdems.org.uk/immigration>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 59| „Deport first, appeal later’ measures start to bite“, 06.01.2015, <https://www.gov.uk/government/news/deport-first-appeal-later-measures-start-to-bite>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 60| „Home Secretary urges EU counterparts to move more quickly on sharing criminal records“, 29.01.2015, <https://www.gov.uk/government/news/home-secretary-urges-eu-counterparts-to-move-more-quickly-on-sharing-criminal-records>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 61| The Spectator (2015). „New figures show Cameron’s net migration target in tatters“, The Spectator, 26.02.2015, <http://blogs.spectator.co.uk/coffeehouse/2015/02/new-figures-show-camerons-net-migration-target-in-tatters/>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 62| Belfast Telegraph (2015). „Russian bombers off Cornish coast: Ukip’s Farage blames West and EU for mounting tensions after RAF jets scambled“, Belfast Telegraph, 19.02.2015, <http://www.belfasttelegraph.co.uk/news/uk/russian-bombers-off-cornish-coast-ukips-farage-blames-west-and-eu-for-mounting-tensions-after-raf-jets-scambled-31005327.html>, (zuletzt besucht am 19.03.2015).
- 63| The Guardian (2015d). „UK military training in Ukraine: symbolic move that risks Russian ire“, <http://www.theguardian.com/politics/2015/feb/24/uk-military-training-in-ukraine-symbolic-move-that-risks-russian-ire>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).
- 64| The Guardian (2015e). „UK guilty of ‘catastrophic misreading’ of Ukraine crisis, Lords report claims“, The Guardian, 20.02.2015, <http://www.theguardian.com/politics/2015/feb/20/uk-guilty-of-catastrophic-misreading-of-ukraine-crisis-lords-report-claims>, (zuletzt besucht am 18.03.2015).

### Autorinnen und Autoren

*Magali Balent, Dr., ist Projektleiterin bei der Robert-Schuman-Stiftung und Dozentin am Pariser Institut für politische Studien (Sciences Po).*

*Karsten Grabow, Dr. habil., ist Parteienforscher in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

*Nico Lange ist stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter des Teams Innenpolitik.*

*Theresa Saetzler ist Honorarmitarbeiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.*

*Bastian Matteo Scianna ist Doktorand an der London School of Economics.*

*Roman Senninger ist Doktorand am Institut für Politikwissenschaft der Universität Aarhus, Dänemark.*

### Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

*Ansprechpartner:*

**Nico Lange**

*Stellv. Leiter Hauptabteilung Politik und Beratung*

*Leiter Team Innenpolitik*

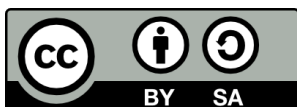
*Telefon: +49(0)30/26996-3594*

*E-Mail: [nico.lange@kas.de](mailto:nico.lange@kas.de)*

*Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*

*Kontakt zum Thema Publikationen:*

**[publikationen@kas.de](mailto:publikationen@kas.de)**



**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

*Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>)*

*Bildvermerk Titelseite [Bildausschnitt]:  
© Jorge Royan / <http://www.royan.com.ar>  
CC BY-SA 3.0 view terms  
File: London – Royal Automobile Club - 2985.jpg  
Uploaded by Jorgeroyan  
Created: October 1, 2010  
via Wikimedia Commons*